

Die „Vorblätter“ erscheinen täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Jahrespreis beträgt bei reiner Zahlung ins Haus 12.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Postbestellungen kommen 20 Pf. für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Postbestellungen kommen 20 Pf. für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Postbestellungen kommen 20 Pf. für den Monat Dezember, im voraus zahlbar.

Die „Vorblätter“ erscheinen täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Jahrespreis beträgt bei reiner Zahlung ins Haus 12.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Postbestellungen kommen 20 Pf. für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Postbestellungen kommen 20 Pf. für den Monat Dezember, im voraus zahlbar.

# STREIF

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Sozialistische Aufbauarbeit

#### Sitzung des Büros der I. A. S. P.

An der Sitzung des Büros der Internationalen Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien, die am 17. und 18. Dezember in Frankfurt a. M. stattfand, nahmen die 5 Bureaumitglieder Adler (Österreich), Grimm (Schweiz), Lebehour (Deutschland), Longuet (Frankreich) und Wallhead (England) teil. Außerdem waren die Exekutivmitglieder Brade (Frankreich) und Crispian (Deutschland) anwesend. Das Bureau war hauptsächlich zu dem Zwecke einberufen worden, um zu den Beschlüssen des Pariser Kongresses der Sozialistischen Partei Frankreichs vom 2. November d. J. und zu den aus ihnen hervorgegangenen Vorschlägen des französischen Parteivorstandes Stellung zu nehmen. Nach eingehender Diskussion, an der sich alle Anwesenden beteiligten, wurde einstimmig folgender Beschluss gefasst:

„Das Bureau der I. A. S. P. ist bereit, in seinen späteren Beratungen, die Frage der Einberufung einer allgemeinen Konferenz, wie sie in der Resolution der französischen Sozialistischen Partei vorgeschlagen wird, zu prüfen, um das in dieser Resolution angelegte Ziel einer Aktionsgemeinschaft des gesamten Weltproletariats zu verwirklichen. Die Möglichkeit einer derartigen allgemeinen Konferenz wird sich aus den zwingenden Notwendigkeiten des sich immer mehr verschärfenden Klassenkampfes ergeben. Für den Augenblick erscheint als nächster Schritt internationaler sozialistischer Aktion der Vorschlag der französischen Sozialistischen Partei, die Einberufung einer Konferenz der proletarischen Parteien aller Länder, die durch die Friedensabfälle von Versailles und St. Germain direkt betroffen sind, als durchaus zweckmäßig. Nachdem in den Verhandlungen der französischen Sozialistischen Partei mit der Sozialistischen Partei Italiens letztere ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, an einer solchen Konferenz teilzunehmen, beauftragt das Bureau der I. A. S. P. die Unabhängige Arbeiter-Partei Englands und die französische Sozialistische Partei mit der englischen Labour Party (Arbeiter-Partei) wegen einer solchen Konferenz in Verbindung zu treten. Das Bureau der I. A. S. P. nimmt dem Wunsch der französischen Sozialistischen Partei bei, diese Konferenz, wenn irgend möglich, in Paris stattfinden zu lassen. Als Hauptgegenstand der Beratungen dieser Konferenz wird vorgeschlagen: Die ökonomische Lage Europas mit besonderer Berücksichtigung des Problems der Reparationen. — Um die Beratungen der Konferenz fruchtbar zu gestalten, soll an alle einladenden Parteien zunächst die Aufforderung gerichtet werden, auf Grund der ökonomischen Lage ihres Landes ihre Vorschläge zu formulieren. Die Länder, deren Parteien vor allen einzuladen wären, sind: England, Frankreich, Italien, Belgien, Deutschland, Deutsch-Österreich, Tschechoslowakei, Holland und die Schweiz.“

Das Bureau beschäftigte sich sodann mit dem Antrag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (Mensheviks) eine Aktion gegen das im Werden begriffene „Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten“ in Polen einzuleiten. Nachdem in Jugoslawien ein vollständig barbarisches Ausnahmegesetz gegen proletarische Bestrebungen zustande gekommen ist, wird diese Methode, die die alte Bismarcksche Kassepolitik des „Sozialistengesetzes“ vollständig in den Schatten stellt, nun zunächst in Polen und in der Schweiz angewendet. Das schweizerische Attentat gegen jede sozialistische Bewegung muß die Volksabstimmung posterior, wenn es Gesetz werden soll. In Polen ist die Gefahr aber deshalb unmittelbarer, weil sofort nach Annahme des Gesetzes ein wahrer Ausrottungsfeldzug gegen alles unternommen werden wird, was sozialistisch, revolutionär und freiheitsliebend ist, ohne Unterschied der Parteirichtung. Die „Ausrottung“ ist nicht nur politisch, sondern auch durchsichtlich physisch zu verstehen; das Gesetz sieht die Todesstrafe für ganz geringe politische Delikte vor. Der Charakter des Gesetzes ist so kassualartig, daß nicht nur die revolutionären Parteien, allen voran die jüdisch-sozialistischen Parteien, sondern auch der linke, nicht chauvinistische Flügel der P. P. S. (Polnische Sozialistische Partei) unter das Beil dieser Justizmaschine kommen kann. Es ist eine Gewissenssache der proletarischen Parteien aller Länder und nicht zuletzt der P. P. S. selbst, dieses Attentat der Reaktion mit aller Kraft abzuwehren.

Das Bureau der I. A. S. P. wandte sich direkt an den Präsidenten Harding der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Aufforderung, endlich den Genossen Debs, der durch jahrelange Kerkerhaft in seiner Gesundheit auf das Ernsteste gefährdet ist, und die anderen politischen Gefangenen freizulassen. Das Bureau trat sodann in die Beratung organisatorischer Fragen ein. Die Anregung des französischen Sozialistischen Kongresses zur Schaffung eines internationalen Informationsdienstes gemeinsam mit den internationalen Organisationen kann im Augenblick noch nicht verwirklicht werden, doch sollen alle Möglichkeiten in dieser Richtung mit aller Energie Förderung finden. Das Sekretariat der I. A. S. P. wurde beauftragt, im Sinne des Beschlusses des französischen Parteitages die Parliamentsfraktionen der der I. A. S. P. angeschlossenen Parteien einzuladen, ein interparlamentarisches Komitee zu bilden.

Dieses Komitee soll den Austausch von Dokumenten und Gesandtschaften vermitteln sowie der gemeinsamen Vorbereitung von Gesandtschaften dienen, die gleichzeitig in den Parlamenten der verschiedenen Länder einzubringen wären.

Das Bureau beschloß, neben der deutschen Ausgabe der „Nachrichten der I. A. S. P.“ auch eine zweite Ausgabe in französischer und englischer Sprache erscheinen zu lassen.

#### Internationale Rundgebung in Frankfurt a. M.

Drahtmeldung unseres Korrespondenten Frankfurt, 20. Dezember.

Anlaßlich der Tagung des Büros der Internationalen Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien fand hier eine eindrucksvolle internationale Rundgebung in der Festhalle statt, in der besonders das Reparationsproblem behandelt wurde.

Genosse Crispian erklärte, daß jetzt die Reaktion in Deutschland niedergehalten werden müsse. Das Proletariat müsse auf dem Posten sein, damit die von der Internationalen Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien angebahnte und sich immer stärker durchsetzende Politik der Verhinderung, der Verhinderung und des Wiederaufbaus zum Siege geführt werde. Das Bureau der I. A. S. P. sei in Frankfurt zusammengekommen, um diese Frage zu beraten und einheitliche internationale Aktionen anzustreben, um die Proletarier im Kampf zu stärken. Die Teile des Proletariats, die noch im Lunde mit dem Bürgerium seien, müssen davon losgelöst werden, und der sinnlose Putschismus sei zu überwinden. Geschlossenheit auf dem Boden des selbständigen proletarischen Klassenkampfes für die soziale Revolution.

Genosse Longuet (Paris) erinnerte den vollkommenen Zusammenbruch der Reparations- und Besatzungspolitik an. Statt neuer militärischer Besetzung verlange die französische Sozialistische Partei die brüderliche Zusammenarbeit mit den deutschen Arbeitern und den Wiederaufbau in natura. Kein deutscher oder französischer Kapitalist dürfe sich am Wiederaufbau bereichern. Der Redner verweist dann auf die im Bezirk von Chaulnes von der französischen Sozialistischen Partei veranstaltete Umfrage, bei der sich eine große Mehrheit der Bevölkerung für die Verweigerung der deutschen Arbeiter ausgesprochen hat. Die Washingtoner Abrüstungskonferenz nannte der Redner eine Komödie, zumal Briand trotz der hohen Forderungen des französischen Militärbudgets die Abrüstung verweigert habe. Der Redner schließt mit einem Appell an die Einigkeit des internationalen Proletariats.

Genosse Grimm (Schweiz) spricht von dem Interesse der Schweizer Arbeiter an einer Lösung des Reparationsproblems angesichts der großen Arbeitslosigkeit im Lande, die ein Siedel der Bevölkerung erfordere. Hinter der hohen schweizerischen Baluta verberge sich die bittere Not der arbeitenden Masse. Der Redner greift auch die Steuerpolitik der Schweizer Regierung an, das neue Ausnahmegesetz gegen die Schweizer Arbeiter, das viel schlimmer sei als das einseitige deutsche Sozialistengesetz. Der Sozialismus muß im ganzen Umfang realisiert werden.

Genosse Adler (Österreich) spricht von der Schicksalsgemeinschaft des österreichischen und deutschen Volkes und von der grauenhaften Vergrößerung des Elends in seinem Lande infolge des dem Sturz der Mark folgenden Niederschlags der Krone. Nur in einer Beziehung stehe Österreich besser als Deutschland da. Der monarchistische Gedanke sei durch das Abenteuer des Erzherzogs Karl verheut. Auch die Monarchisten hätten infolge dieser Rinderei erfahren, daß selbst die schlechteste Republik immer noch besser sei, als ein Habsburger Monarchie. Dann ging der Redner auf die Abstimmung in Ledeburg ein. Die österreichischen Sozialisten haben von vornherein gefordert, daß im Burgenlande eine Abstimmung stattfinden, obwohl der deutsche Charakter des Landes feststehe. Die österreichischen Sozialisten wollen keinen Gebietszuwachs auf Grund kapitalistischer Diktate. Die Abstimmung sei aber verweigert worden, und nur im Ledeburger Bezirk, im 18. Teil des Landes, sei sie vorgenommen worden. Von 300 000 Einwohnern hätten nur 23 000 abgestimmt. Diese Abstimmung ist eine Farce und soll nur einer Legendenbildung über den nationalen Charakter des Burgenlandes dienen. Einige Ententegegner gingen lieber mit dem blutigen Hortsystem als mit dem demokratischen Volk von Österreich zusammen.

Genosse Brade (Paris) übertrug die brüderliche Grüße der französischen Arbeiter und trat für die innere und äußere Zusammenfassung des Proletariats ein.

Genosse Wallhead (England) ironisierte die Besprechungen Lloyd Georges, der vor drei Jahren einen reichen Goldschatz aus dem Frieden für die englische Arbeiterchaft probiert habe. Die Taten des deutschen Volkes seien nach den letzten Kupferpfennigen durchsucht worden, aber jetzt müsse der englische und der Ententearbeiter selbst nach dem letzten Kupferpfennig die Taschen umkehren. Der Redner schildert die lachbare Arbeitslosigkeit in England und Amerika und den Mangel und die Not in diesen Ländern, trotz der reichen Ernte in Kanada und Südamerika. Die Washingtoner Abrüstungskonferenz habe nur das Ziel einer gemeinsamen Ausbeutung der Kolonialvölker, insbesondere Chinas und der chinesischen Arbeiter. In England habe ein intellektueller Aristokrat gesagt: „Wir brauchen die Arbeiterchaft nicht zu fürchten, die Arbeiterchaft wird nie zur Verhängnis kommen.“ Es gelte, diese Auffassung Lügen zu strafen; das wird das nächste Ziel der Arbeiterchaft sein. Gemeinsam müsse der revolutionäre Klassenkampf in allen Ländern geführt werden.

Zum Schluß sprach Genosse Lebehour die Gewissheit aus, daß unsere Sache siegreich vorwärts führe. Es gelte, die Massen, die dem Sozialismus triebhaft zugewandt sind, mit bewusstem Willen zu erfüllen. In absehbarer Zeit sei die Einigkeit der Teil im revolutionären Klassenkampf in Deutschland und in anderen Ländern zu erwarten. Der Redner schließt mit den Worten: „Es lebe die völkervereinende sozialistische Revolution!“

#### Die Beratungen in London

Der französische Ministerpräsident Briand ist am Sonntagabend in London eingetroffen, begleitet von Loucheur und einer Reihe von Finanzfachverständigen. Es wird angenommen, daß die Beratungen der beiden Ministerpräsidenten drei Tage in Anspruch nehmen werden. Nachher sollen die wirtschaftlichen Sachverständigen die Einzelheiten der Beschlüsse ausarbeiten. Wie immer bei solchen Gelegenheiten wird auch diesmal eine Fülle von Meinungen verbreitet, die den mutmaßlichen Inhalt der Beratungen angeben und Kombinationen über ihren Verlauf enthalten. Es ist nicht nötig, sie wiedergeben, da alle Welt weiß, womit Lloyd George und Briand sich befassen werden: die Frage der Reparationen wird die Hauptrolle spielen, daneben dürften die beiden Herren sich noch über die Verteilung der deutschen Reparationen, deren Umwandlung in Sachleistungen, über die Beschränkung des Schiffbaus und über die Ungarfrage unterhalten.

Ein Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ hatte in Calais eine Unterredung mit Briand, aus der man auch nicht viel Neues erfährt. Der französische Ministerpräsident versichert, daß auf beiden Seiten der gute Wille zur Herbeiführung eines Ausgleichs vorhanden sei, und daß deshalb die Besprechungen einen zufriedenstellenden Ausgang nehmen würden. Bei allen bisherigen Schwierigkeiten in der Reparationsfrage, namentlich im Mai, habe England an Frankreichs Seite gestanden, und das werde auch diesmal der Fall sein. Der Londoner Korrespondent des „Temps“ glaubt das Programm der Londoner Besprechungen wie folgt angeben zu können.

In erster Linie werde man die Reparationsfrage besprechen. Man sehe die Möglichkeit eines englisch-deutschen Abkommens nach Art des Wiesbadener vor, auf Grund dessen das Deutsche Reich Großbritannien gewisse Produkte, wie Farben und andere Materialien, die England nötig habe, liefern und an der wirtschaftlichen Wiederaufhebung Russlands mitarbeiten werde. Zweitens solle England die französische Schuld, die 557 Millionen Pfund Sterling betrage, annullieren und im Austausch dafür deutsche Reparationsbonds der Serie C erhalten, die es abdann vernichten werde. Drittens solle England Frankreich die Ratifizierung des Schutzvertrages vom 23. Juni 1919 anbieten und die Calais in eine Allianz umwandeln unter dem Vorbehalt, daß ein Abkommen über die Seerüstungen getroffen werde. England würde sich in diesem Falle verpflichten, Frankreich gegen jeden Angriff zur See sicherzustellen. Viertens endlich sollen die allgemeinen Probleme Europas in wirtschaftlicher und politischer Richtung besprochen werden. Die englische Regierung werde deshalb zu Beginn des kommenden Jahres eine Konferenz vorschlagen, an der nicht nur die alliierten Länder, sondern auch Rußland und die ehemals feindlichen Länder teilnehmen sollen. Man glaube in England, wenn Europa zeige, daß es fähig sei, die großen Schwierigkeiten zu lösen, würden auch die Vereinigten Staaten sich nicht länger desinteressieren können.

Nach einer Darstellung der „Chicago Tribune“ will die französische Regierung einer Verminderung der Reparationsforderungen nicht zustimmen, sie sei aber bereit, Deutschland jede mögliche Zahlungserleichterung zu gewähren. Frankreich werde auf das Londoner Ultimatum verzichten, wenn Deutschland eine ebenso große Summe, wie dort vorgesehen war, in anderer Form zu zahlen bereit sei. Die französische Regierung werde auch einer Verringerung der Besatzungstruppen zustimmen, damit für die Reparationen mehr Geld auskomme. Die nationalistische Pariser Presse verlangt von Briand, daß man sich von einer deutschen Drohung mit dem Bankrott nicht einschüchtern lassen solle. Könne Deutschland nicht zahlen, so müßten seine Finanzen, seine Ausgaben und seine Devisen kontrolliert werden. Die deutsche Regierung habe bisher noch keine Maßnahmen ergriffen, um eine wirkliche Handels- und Devisenkontrolle durchzuführen.

Wie man aus allen diesen Mitteilungen erseht, dürfte sich die englische Regierung mehr von weltwirtschaftlichen, die französische von finanzpolitischen Erwägungen leiten lassen. Die hauptsächlichsten Differenzen zwischen England und Frankreich entspringen diesem verschiebenen Standpunkt. England verlangt von Frankreich, daß es das Ententeabkommen vom 12. August ratifiziere, monach etwa zwei Drittel der ersten von Deutschland bezahlten Goldmilliarde zur Bezahlung der englischen Besatzungskosten verwendet werden solle. Der englische Sekretär Horne hat im Unterhaus erklärt, daß England bisher noch keine eigentlichen Reparationsgelder erhalten habe und daß man ihm deshalb wenigstens die Mittel zuzuführen wisse, die zur Bezahlung des Besatzungskosten notwendig seien. Frankreich dagegen braucht dringend Barmittel zur Aufrechterhaltung seiner Finanzen, und da es aus der ersten Milliarde nichts erhalten soll, so verweigerte es bisher die Ratifizierung des Abkommens vom 12. August. Es gibt noch andere Fragen, bei denen die Interessen Englands und Frankreichs auseinandergehen, und es wird viel davon abhängen, ob die weltwirtschaftlichen Gründe, die England ins Feld führt, und deren Durchsetzung auch Deutschland eine gewisse Erleichterung bringen könnten, oder die finanzpolitischen Gründe, deren sich Frankreich bedient, und die hauptsächlich auf die



Interessen des französischen Kapitals und des französischen Nationalismus eingestellt sind, bei den Londoner Beratungen die Oberhand gewinnen werden.

Dr. Walter Rathenau ist in Begleitung seines Sekretärs Dr. Emons Sonntag abend wieder in London eingetroffen. Er ist in demselben Hotel, wie Briand und Louchet abgeblieben. Man nimmt an, daß die neue Reise Rathenaus nicht zufällig zustande gekommen ist, sondern mit den Beratungen zwischen Briand und Lloyd George im Zusammenhang steht.

### Die folgenschwerste Konferenz

London, 18. Dezember.

Die gesamte Presse hebt die große Bedeutung der heute vormittag beginnenden Konferenz zwischen Lloyd George und Briand hervor und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Beratungen der beiden Premierminister zur Einberufung einer internationalen Konferenz der europäischen Mächte unter Einfluß Deutschlands und Anstalts im nächsten Jahre führen werde. „Oberster“ nennt die bevorstehende Konferenz zwischen Lloyd George und Briand die folgenschwerste aller bisherigen. Von ihr hänge nicht nur die Zukunft der Entente, sondern auch die Zukunft Europas ab. Die seit dem Frieden von Versailles verfolgte wachstumsfähige Finanzpolitik dürfe von England unter keinen Umständen weitergeführt werden. Das auf dem Friedensvertrag wie ein Wellenleuger errichtete Finanzgebäude sei unumkehrbar zusammengebrochen. Durch seinen Reichsanwalt, einen gemäßigten und ehrlichen Mann, habe Deutschland mitgeteilt, daß es seine Verpflichtungen nicht erfüllen könne. „Oberster“ tritt dafür ein, daß Deutschland unter gewissen Bedingungen ein Moratorium von 3 bis 6 Monaten gewährt wird, während deren eine europäische Konferenz eingehende Untersuchungen über die mögliche Leistungsfähigkeit anstellt.

### Stille auf der Börse

An der heutigen Börse liegt das Geschäft völlig still, da niemand weiß, wie sich die Aussichten der nächsten Zeit gestalten werden. In New York wurde die Markt mit 0,50 bewertet, an der Berliner Börse zahlte man heute anfangs für den Dollar 198, für das englische Pfund 810, für 100 holländische Gulden 7100. Im Verkauf der Börse erlitten die Devisenkurse eine Abschwächung, der Dollar fiel auf 190.

### Die Verhandlungen in Oberschlesien

In den vereinigten Ausschüssen für Zollwesen, Verkehr, Eisenbahnen und Wasser ist nach einer offiziellen Meldung bisher ein befriedigender Verlauf der Beratungen erzielt worden. In einer Reihe von anderen Kommissionen wurden die Verhandlungen bis nach Neujahr vertagt.

Sonntag nachmittag empfing der deutsche Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen den deutschen Ausschuss in Oberschlesien zu einer vertraulichen Aussprache über die sich wendenden Verhandlungen. Der Reichsminister a. D. Schiffer führte aus, daß es jetzt darauf ankomme, die kulturellen und geistigen Kräfte zu stützen. Landrat Dr. Lukaschek, der Vorsitzende des deutschen Ausschusses, gab der Genugtuung der deutschen Oberschlesier darüber Ausdruck, daß es gelungen sei, die wirtschaftlichen Verhandlungen im Mittelpunkt zu stellen, wo die ganze Tragweite der zu treffenden Vereinbarungen sich jedem Unterhändler unmittelbar aufdränge. Hieran anschließend gab Staatssekretär Dr. Lewald einen Überblick über die für den Schutz der deutschen Minderheiten beabsichtigten Vorschläge. Die deutschen Unterhändler würden den größten Wert darauf legen, die allgemein gehaltenen Bestimmungen des zwischen der Entente und Polen geschlossenen Vertrages namentlich mit konkretem Inhalt zu erfüllen durch Festsetzung bis ins einzelne gehender Bestimmungen für den Schutz der verschiedenen Seiten des Volkstums.

Der Generalsekretär der italienischen Gewerkschaften gekorben. Der Generalsekretär der italienischen Gewerkschaften Bianchi, der auf Einladung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes an der Versammlung der Teilnehmer der Genfer Arbeitskonferenz durch Deutschland teilgenommen hatte, ist gestern an den Folgen einer Lungenerkrankung, die er sich auf dieser Reise zuzog, verstorben.

Regierungskrise in China. Der chinesische Ministerpräsident Chin Yun Peng hat heute dem Präsidenten der Republik seine Demission überreicht. Diese Demission sollte normalerweise den Rücktritt des ganzen Kabinetts nach sich ziehen.

### Lustspiel-Abende

Neues Volkstheater

Einem glücklichen Abend hatte Sonnabend das Neue Volkstheater, als es mit der Aufführung zweier klassischer Lustspiele nach allerlei Experimenten und Zufallsgaben zu keiner eigentlichen Aufgabe zurückkehrte: das Beste vom Dramatischen aller Zeiten seinen Besuchern zu bieten. Man hatte Mollières „Gezierte“ mit Kleists „Zerbrochenem Krug“, verbunden und damit einen Abend menschlich und geistig schönster Reizbarkeit geschaffen.

Die Gegenüberstellung eines französischen und eines deutschen Meisters gab auch wieder Anlaß, den Unterschied zwischen französischer und deutscher Dramatik kennen zu lernen. Mollière hält sich an die Gesellschaft, Kleist an den Einzelfall. Mollière ist ein freier, seiner Zeit überlegener Geist, ein satirischer Kritiker der Gesellschaft, der Sitte, der Klassen. Kleist vertieft sich in irgendein Ereignis, das beinahe ganz von gesellschaftlichen Zusammenhängen losgelöst ist und sucht in der Seele seiner wunderbar tief und rein gesehenen Einzelmenschen eine letzte Wahrheit. Mollière spricht mit voller Absicht zu seiner Zeit, Kleist lebt beinahe außerhalb der Zeit, obwohl er seine Zeit, die der fälschlich genannten „Befreiungskriege“ leidenschaftlich miterlebt, ohne in die Geschichte eingreifen zu können. Mollière gibt schließlich einen Plan und wirksamen Bühnenstoff, während Kleist nur mit großer Kunst und Kraft sein Lustspiel blühenreich machen konnte. Ganz ist ihm dies übrigens nicht gelungen, denn selbst dieses wundervolle Werk hat nie das Glück eines wirklich großen Bühnenerfolges gehabt. Es wird immer wieder gespielt, weil es so schön ist, aber es lebt nicht auf den deutschen Bühnen so selbstverständlich fort wie viele andere, zum Teil viel schlechtere Werke. Es ist sozusagen kein „sicherer Erfolg“.

Im Volkstheater war es ein Erfolg, weil das gottlob unverdorbene Publikum für die prosaische Entwicklung des Stoffes, für die Schärfe der Menschen und ihr oft sehr natürliches Eingreifen in die Handlung, das größte Interesse hatte. Da auch die Aufführung, unter Friedrich Lohde, einen vorwärtsdringenden Zug auf die Bühne brachte und die Schauspieler weit mehr den Aufgaben gerecht wurden, als wir es leider sonst an dieser Stelle gewohnt sind, war es ein toller Erfolg. Die besten Leistungen boten Rose Dichtenstein und Fränze Koll.

Mollières Stille wirkte nicht so stark, weil es nicht so richtig gespielt wurde. Zwei Bürgerlicherden lehnen zwei ordentliche Brauknecht ab, weil die ihnen nicht modisch und aristokratisch genug sind. Aus Raube senden die ihnen ihre Lakaien ins Haus, die die Aristokraten spielen und vollen Erfolg haben. Bis plötzlich die Herren hereinrücken, ihre Lakaien herunterwerfen, ihnen die Kleider ausziehen und die Parvenüschen von Mädchen so fürchterbar blamieren. Da die Lakaien aber mit Ausnahme von Einzigen Herrn Schwiegers echte Aristokraten spielen und nicht verächtliche Hausdiener, hätte der Hauptgenuss des

### Südekümerliche Gestalten

Der Schnaps als Reiter des Vaterlandes

Die Berichte über den Rapp-Prozess in Leipzig waren in der Hauptsache recht lüdenhaft. So kommt es, daß die Rolle einiger Zeugen nicht genügend in den Vordergrund trat. Das trifft insbesondere auf die Aussage des ehemaligen preußischen Ministers, Herrn Dr. Arthur Südekum, zu, der während des Putsch mit dem kappistischen Regierungsrat Dr. Doye Verhandlungen gepflogen hat und dabei eine mehr als merkwürdige Rolle spielte.

Doye, dessen Abziehung im November 1918 von der gesamten Polizei stürmisch gefordert wurde, war nämlich zum Dank für seine besonderen Verdienste in der kaiserlichen Regierung durch den rechtssozialistischen Minister Heine ins preußische Ministerium berufen worden und hatte die Aufgabe, die Schutzpolizei aufzustellen. Er erledigte diese Arbeit dergestalt, daß er aus der ihm unterstellten Schutzpolizei ein Instrument der kappistischen Verschwörer zu machen verstand. Darüber ist er dann nach dem Rapp-Putsch gestolpert. Eine Anklage konnte gegen ihn nicht erhoben werden, da er sich angeblich nur der „Beihilfe“ schuldig gemacht haben sollte und dieserhalb amnestiert wurde.

Doye hat nun vor dem Reichsgericht in Leipzig als Zeuge ausgesagt, daß er während des Putsches zu Siedekum bestellt worden sei. Bei den Verhandlungen habe Südekum erklärt, er sei erst, bereit, Hindenburg als Reichspräsidenten zu beschwören, und auch Rapp könne Reichsanwalt werden unter der Voraussetzung, daß auch Sozialisten in die Regierung mit aufgenommen würden. Genannt wurden dabei vor allem Südekum und Heine.

Bei der Vernehmung Südekums ergab sich nun, daß dieser von dem Inhalt seiner Unterredung mit Doye nichts mehr wissen wollte. Die Verteidiger beantragten daraufhin eine Gegenüberstellung der beiden Zeugen, da hier ein großer Widerspruch in den Aussagen liege, der unbedingt geklärt werden müsse. Ohne Zweifel war Südekum durch die Aussage Doyes stark belastet worden. Er hätte also selbst allen Grund gehabt, auf die Gegenüberstellung zu dringen. Statt dessen wich er dieser Gegenüberstellung aus, indem er seine Aussagen in allen wesentlichen Punkten derart abschwächte, daß eigentlich nur noch die Aussage Doyes übrig blieb. Dabei versuchte er, seine Position dadurch zu retten, daß er zur Erheiterung des ganzen Sitzungssaales bekannt gab, er habe bei der Unterredung mit Doye reichlich mit Alkohol nachgeholfen und auf diese Weise aus einem hochfahrenden Manne einen gebrochenen gemacht. „Eine Gegenüberstellung mit Doye ist nach dieser Darlegung wohl nicht mehr nötig“, schloß Herr Südekum seine Rede.

Die Verteidiger verzichteten nach diesem Rückzug Südekums selbstverständlich auf eine Gegenüberstellung, jedenfalls aus Mitleid mit diesem Manne, der sich immer noch Sozialist nennen darf. Eine kleine Bosheit mußte Herr Südekum aber doch mit nach Hause nehmen. „Herr Südekum hat wahrscheinlich unter dem Einfluß seines eigenen Alkohols gestanden, als er die Unterredung mit Doye hatte“, bemerkte ironisch einer der Verteidiger. Südekum schwieg und ging erhabenen Hauptes aus dem Sitzungssaal. Er hatte alle Ursache dazu. Denn während die Arbeiter den Kappisten mit Generalstreik und bewaffneter Gegenwehr auf den Fehltritten, wandte Herr Südekum zur Rettung der Republik ein probateres Mittel an: den Schnaps! Und das hat ohne Zweifel gezogen.

Vor kurzem wurde gemeldet, daß Herr Dr. Arthur Südekum zum preußischen Staatskommissar für das Groß-Hamburger Gebiet ernannt worden sei. Der Laie hörte auf und wußte nicht recht, welche Befugnisse diesem neuem Kommissar wohl übertragen worden sind. Es handelt sich nämlich darum, daß Hamburg bestrebt ist, das von Preußen umzäunte Gebiet zu erweitern, da es für die Entwicklung seiner Hafenanlagen, seines Handels und seiner Industrie das erforderliche Hinterland braucht. Es finden deshalb mit dem größeren Nachbar seit einiger Zeit vertrauliche Verhandlungen statt. Die preußische Re-

gierung steht auf dem Standpunkt, daß Preußen von seinem Gebiet nichts abtreten darf, vielmehr bestrebt sein muß, wenn irgend möglich neues Gebiet zu erwerben. Preußen ist also rein partikularistisch eingestellt und Herr Südekum hat die Aufgabe, als Staatskommissar diese rückwärtigen Interessen zu vertreten. Welche Bedeutung Preußen der Groß-Hamburger Frage zuwendet, geht daraus hervor, daß nach einer Nachricht der demokratischen Zeitschrift „Die Hilfe“ sechzig Millionen Mark ausgeworfen worden sind für Propagandazwecke. Die preußischen Gemeinden auf die Hamburg zur Erweiterung seines Gebiets ein Auge gerichtet hat sollen mit diesen Geldern gegen die Forderungen Hamburgs aufgebracht werden. Die preußische Regierung wird sich zu dieser Maßnahme so schnell wie möglich äußern müssen.

### Der Hohenzollernnecht

Nicht Hoff nicht Reiffe, sondern — Winnig!

Nicht Hoff nicht Reiffe sicherten nach dem 9. November die steile Höhe, auf der Wilhelm Hohenzollern und andere deutsche Fürsten throneten. Es waren aber nicht Rapp und Lüttich, nicht die kaiserlichen Offiziere und andere Monarchisten, es war Herr August Winnig, der Sozialdemokrat, der sich im Sommer 1919 an die Spitze jener Bewegung stellte, die zum Ziele hatte, dem deutschen Volke wieder zu einem angestammten Herrscherhause zu verhelfen. In der schlagendsten Presse macht auf diese Rolle Winnigs jetzt ein Herr Beckmann aus Königsberg i. Pr. aufmerksam. Er schreibt, daß Rapp es im Frühjahr und Sommer 1919 ganz leicht abgelehnt habe, von Lipreuchen aus eine nationale Bewegung zu entfachen. Vielmehr sei es Winnig gewesen, der Herrn Rapp derartige Gedanken suggeriert habe, und er teilt über die Unterredungen, die Winnig damals mit Rapp und Beckmann hatte, folgendes mit:

„Herr Winnig hat von sich aus erklärt, daß er, Winnig im Falle der Annahme des Friedensvertrages seitens der Berliner Regierung auch gegen diese den deutschen Völkern schmerzlichen Vorurteilen gegenüber vorgehen werde. Herr Winnig hat in einer Besprechung im Schloß zu Königsberg im Mai 1919 auch mir gegenüber mit aller Bestimmtheit erklärt, daß seitens des Heeres und Ostpreuens der Versailles Vertrag unter keinen Umständen anerkannt werde, sondern daß der Eifer gescheitert sei. Herr Winnig entwickelte den Plan, daß die Regierung Ebert-Scheidemann sich nach Ostpreußen zurückziehe, und daß man auch den Kaiser Wilhelm II. aus Holland nach Ostpreußen holen solle, um ihn hier vor der Entente zu verteidigen. Winnig rechtfertigte diesen Plan meinen begreiflichen Einwänden gegenüber als der deutschen Ehre allein würdig.“

Herr Winnig sollte im Prozeß gegen Jagow und Genossen vor dem Reichsgericht in Leipzig als Zeuge vernommen werden. Er ist leider nicht erschienen, und das ist sehr zu beklagen. Da die Angaben Beckmanns genau spezifiziert sind, wird Herr Winnig nicht umhin können, sich vor der Oeffentlichkeit zu rechtfertigen. Nach unseren Informationen entsprechen die Angaben Beckmanns über August Winnig voll und ganz den Tatsachen.

### Wer ist Agricola?

Vor dem Reichsgericht in Leipzig wurden in dem Prozeß gegen Jagow und Genossen auch einige Dokumente erwähnt, die mit „Agricola“ bezeichnet waren. Nach der Aussage eines Zeugen, des Rechtsanwalts Dr. Martin, soll dieser Agricola identisch mit Oberst Bauer sein. Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht jetzt eine Reihe von Schriftstücken, aus denen hervorgeht, daß der Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“ Herr Scheuermann, eine kappistische Spionageabteilung unterhielt und in seinen Telegrammen und Briefen an die ihm unterstellten Agenten mit Agricola zeichnete.

Diese Mitteilung bedarf unbedingt einer eingehenden Klärung. Nachdem die Deutschnationalen versichert haben, mit dem Rapp-Putsch in keinerlei Beziehungen gestanden zu haben, wäre die Feststellung von sehr hohem Wert, in welcher Weise Herr Scheuermann, der Redakteur einer der führenden deutschnationalen Zeitungen, seine Beziehungen zu den Kappisten politisch ausgewertet hat.

Komik. Aber auch hier war die Gesamtwirkung häßlich und man darf von Liebe noch manches erwarten, wenn er sich geiziges Material verschafft und die vorhandenen Reize richtig als bisher verwendet. Felix Stöckinger

### Staatstheater

Die Nachwelt ist gerechter als die Mitwelt. Georg Büchner, der so unbekannt stand, wie irgendein Schreiber, dessen Dramen zu seinen Lebzeiten nicht einmal richtig gedruckt, geschweige denn aufgeführt wurden, gehört nun (seit ein ganzes Jahrhundert zu spät) nicht nur zu den bewundernswürdigsten Dramatiker, sondern, was mehr bedeutet, zu den meist gespielten. Reinhardt rüstet zu einer Aufführung von „Dantons Tod“, und im „Staatstheater“ spielt man „Leonce und Lena“. Eine „romantische Komödie“. Gewiß: sehr romantisch. Aber noch mehr als das. Denn wenn auch Büchner der Romantikerzeit entsprossen, den Romantikern verdammt ist, so ist er darüber hinaus doch ein ganz neuer, ganz moderner, seiner Zeit entwachsener Mensch. Sein Herz träumt mit den Romantikern, sein Gehirn hämmert revolutionäre Gedanken. Beides führt man in „Leonce und Lena“. Dieser leichtesten, lustigsten, märchenhaftesten Komödie der deutschen Literatur. Was ist der Inhalt? — Gar nichts. Denn daß der Prinz Leonce und die Prinzessin Lena, die, ohne sich zu kennen, einander verlobt wurden, voreinander fliehen und sich zum Schluß nun gerade finden, lieben und heiraten. — diese einfältige Geschichte ist wohl kaum der „Inhalt“ dieser anmutigen Komödie, sie gibt nur den Vorwand zu einer Reihe zarter und grotesker Szenen, ironischer und ironischer Philosophien, heiterer und tragischer Scherze. Nur ein begabtes Genie kann mit so sorgloser und leichter Hand ein Dankschloß, dem, weiß Gott, alle kühnen Grundmauern fehlen, so lustig und doch für lebendige Menschen bewohnbar, aus dem lauterer Nichts erbauen. Und in diesem Büchnerschen Lustgebäude erklingen sogar sehr herrlich ironische und drohende Revolutionsmelodien. So z. B. die bittere Szene in der der verhungerte Schullehrer seinen verhungerten Bauern das „Brot-Rücken“ beibringt. Und jene andere köstliche Szene, in der Büchner die Gründlichkeit und Philosophiererei der Deutschen, diese zweifelhafte Tugend, dieses Erbkraut der Dichter- und Dementiation verspottet, die der lauterer Nachdenken nie zum Handeln kommt. „Denken muß der Mensch!“ sagt sein König Peter von Papo, legt den Finger an die Nase und braucht ein ganzes philosophisches System, bloß um sich die Hosen anzuziehen zu können.

Diese ironischen und grotesken Szenen gelangen der Regie des Staatstheaters (Reinhold Kraus) am besten. Die anderen, die lyrisch-zarten Szenen aber sind auf einer so großen Bühne im vollen Rampen- und Bühnenlicht unmöglich Gestalt gewinnen. Man darf von diesen eisenhaften Gebilden nicht viel sehen und hören. Sie müssen wie Luft dem Ohr und wie ein Mondstrahl dem Auge vorüberfließen. Ganz unwillkürlich, ganz phantastisch. Im Staatstheater blieb das alles viel zu schwer, zu greifbar und zu deutlich. Von den Schauspielern hier und hier niemand über oder unter ein gewisses bescheiden-anständiges Niveau. Nur Bejal als König und Martin Wolfigang als Schulzeifer gaben mehr.

Es folgte ein altes italienisches Lustspiel: „Der Diener zweier Herren“ von Goldoni. Ein nach der alten, genau vorgeschriebenen Komödien-Tradition primitiv, aber anmutig zusammengemessenes Lustspiel, in dem der übliche Sprachmacher, der Harlekin, der Bajazzo der alten Komödie die aufsteigende und intriguierende Hauptrolle spielt; in diesem Fall als Diener zweier Herren. — Es wurde, sehr mit Recht, im Stil der alten italienischen Komödie gespielt, mit Beistellpreden und In-Publikumspielen vor lächelnden, wackelnden Kulissen. Felix Stöckinger, für die Rolle des gerissenen Benelos ebenfalls nicht mehr ganz jung und gefällig genug, gab der Figur doch so viel Lebendigkeit, Frechheit und Humor, daß man eine halbe Stunde lang, laut lachend, unterhalten war. — und sich am Ende fragte: Haben unsere Theater es seit jener Zeit wirklich so fabelhaft viel weiter gebracht? Doch — sie haben viel dazugelernt. Aber auch manchen Reiz verloren. Der Abend des Staatstheaters ließ davon einiges aufleuchten. Hans Stenjon

30. Stiftungsfest des Deutschen Arbeiterbundes (Gau Berlin und Umgebung). Was 30 Jahre Arbeiter-Sängerbewegung für das Proletariat bedeuten, braucht an dieser Stelle viel leicht gar nicht gesagt zu werden; zu sehr ist die Klassenbewegung Arbeiterklasse mit der Chormusik vermischt, die von ihr selbst vorgetragen wird. Die Abgrenzung der Arbeiter auch beim Singen von den bürgerlichen Vereinen war eine Notwendigkeit und eine Tat, und ohne die Arbeiter-Sänger wäre es niemals möglich gewesen, die Musik mit Klassengeist zu erfüllen. Was die Arbeiter denken und fühlen, das haben ihre Säger an den Gräbern der Führer, in großen Versammlungen, bei Feiern und Demonstrationen zum Ausdruck gebracht, und so hat der Arbeitergesang teilgenommen an allen großen Ereignissen der letzten Jahrzehnte.

Bei dem 30. Stiftungsfest wirkten zahlreiche Gesangsvereine mit: der Berliner Volksgesang, die Georgina, Verhe, Schubert-Chor und Vorwärts-Südost. Die Chöre kämpften gewissermaßen um einen Preis, um den Rubin, einander zu übertreffen. Die relativ beste Leistung wollen wir nennen, es war das besonders schöne und schwermere „Morgenlied“ von Kiep, das der Schubert-Chor unter Chorführer Paetsche zum Vortrag brachte. Aber wahrheitsgemäß sei festgestellt, daß auch in dieser besten Leistung nicht alles gelang, die Harmonien der zweiten Strophe waren unsauber, und am Schluß wurde zu sehr gedrückt. Kurz, es ist noch alles im Werden einer künstlerischen Kultur. — Das mitwirkende Trio wurde durch die störende Erkrankung der Geigerin auf der Bühne um seine Wirkung gebracht, so daß wir besser von einer Kritik absehen. Sela Frau stellte dann russische Volkslieder für Violoncelli mit ungemein bejammertem Tenor Arno Rabel

Eine Schenkung von Hede. Der Generalsekretär der Berliner Arbeiterbewegung hat die Summe von etwa 10 Millionen Mark, die die Reichsregierung unter Ministerpräsident Brüning, dem Kaiser zum Zweck der Vollendung des Berliner Reichstages im Jahre 1920 zur Verfügung gestellt.



# Die neueste Geschichtslüge

Die Monarchisten haben eine neue „Aktion“ eingeleitet. In großspüriger Aufmachung veröffentlicht die gesamte rechtsstehende Presse, vom „Totalanzeiger“ bis zur „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zwei Briefe von Hindenburg und Wilhelm vom März und April d. Js. und verkündet hierbei, daß dieser Briefwechsel von ungeheurer Bedeutung sei, und daß namentlich der Brief des Kaisers als ein Dokument von weltgeschichtlicher Bedeutung betrachtet werden müsse.

Es ist anzunehmen, daß diese Falschereien der rechtsstehenden Presse mitamt den Briefen Hindenburgs und Wilhelms durch die unzähligen amtlichen und nichtamtlichen Kanäle, die der Reaktion nach immer zur Verfügung stehen, ins Volk hinausgetragen werden, und daß im Anschluß daran wieder wochenlang von der „Schuldlosigkeit“ und dem „edlen Willen“ der kaiserlichen Regierung geredet werden wird. Da ist es wohl angebracht, mit einigen Worten auf den Inhalt des erwähnten Briefwechsels einzugehen. Der Brief Hindenburgs, der vom 30. März datiert ist, geht von der Voraussetzung aus, daß die Schuldfrage nach wie vor „den Angelpunkt für die Zukunft des deutschen Volkes“ bilde. Wilhelm knüpft an diesen Punkt an und beteuert zum hundertsten Male, daß die deutsche Außenpolitik während seiner 13jährigen Regierungszeit vor dem Kriege „lediglich auf die Erhaltung des Friedens“ gerichtet gewesen sei.

„Hätten wir — fährt er fort — je kriegerische Absichten gehabt, so hätten wir 1900 losgeschlagen, als England durch den Burenkrieg, oder 1905, als Rußland durch den Japanischen Krieg gebunden waren, und uns ein nahezu sicheres Siez gewinnt hätte. Aber schließlich hätten wir uns nicht gerade das Jahr 1914 ausgesucht, als uns eine erdrückende Uebermacht geschlossen gegenüberstand. Auch muß sich jeder Unbefangene sagen, daß Deutschland von dem Kriege gar nichts zu erwarten hatte, während unsere Feinde davon alles für ihre seit langem zu unserer Vernichtung festgelegten Ziele erhofften.“

Daß mein und meiner Regierung heißes Bemühen in den kritischen Juli- und Augusttagen 1914 ausschließlich der Erhaltung des Weltfriedens ergötten haben, wird durch die neuesten literarischen und altemäßigen Veröffentlichungen von deutscher und ganz besonders von feindlicher Seite mehr und mehr erhärtet. Den durchschlagendsten Beweis dafür bringt das Wort Sasonows: „Die Friedensliebe des deutschen Kaisers bürgt uns dafür, daß wir den Zeitpunkt für den Krieg selbst bestimmen können.“ Was bedarf es da noch weiteren Zeugnisses für unsere Unschuld? Das bedeutet: Die Absicht, einen Ueberfall auf einen Ahnungslosen zu machen. Gott ist mein Zeuge, daß ich, um den Krieg vorzubeugen, bis an die äußerste Grenze dessen gegangen bin, was ich mit Rücksicht auf die Sicherheit und Unversehrtheit meines teuren Vaterlandes verantworten konnte.“

Von einer Schuld Deutschlands am Kriege kann nicht die Rede sein. Es besteht heute kein Zweifel mehr, daß nicht Deutschland, sondern der Feindbund den Krieg planmäßig vorbereitet und absichtlich herbeigeführt hat.“

Die Äußerungen des Kaisers, die von der rechtsstehenden Presse als große politische Offenbarung bezeichnet werden, sind eine neuer Beweis dafür, daß man es bei diesem Menschen, der über ein Viertelsjahrhundert lang an der Spitze des Deutschen Reiches stand, entweder mit einem pathologischen Lügner oder einem ausgemachten Narren zu tun hat, der sich der Tragweite seiner Handlungen und Worte absolut nicht bewußt ist. Nur eben solche Narren, wie er selbst, können auf den Schwandel hereinfallen, daß das kaiserliche Deutschland nie kriegerische Absichten gehabt habe, da es sich sonst einen anderen günstigeren Zeitpunkt als gerade das Jahr 1914 zum Losschlagen ausgesucht hätte. Der Kernpunkt der Frage liegt nicht darin, ob und wann man sich den Krieg „ausgesucht“ hat, sondern darin, daß die Politik des kaiserlichen Deutschlands schon Jahrzehnte vor dem Kriege so geartet war, daß sie die Abwehr der gesamten Welt hervorgerufen und notwendigerweise jene weltpolitische Spannung steigern mußte, die im August 1914 ihre katastrophale Entladung fand.

In dem Briefe des Kaisers kommt derselbe Gedanke zum Ausdruck, den er und seine Minister unzählige Male ausgedrückt haben: „Wir haben den Krieg nicht gewünscht, er ist uns aufgezwungen worden.“ Den Weltkrieg hat Wilhelm und seine Komplizen sicherlich nicht „gewollt“, wohl aber den Krieg Oesterreichs gegen Serbien, der zum Weltkrieg führen mußte. Das ist der deutschen Regierung durch G. v. Sasonow und den deutschen Botschafter in London, Radnoshky, mit zwingenden Argumenten vor Augen geführt worden. Aber weder Wilhelm noch seine Minister wollten das sehen. Sie wollten das, was Wilhelm schon in seiner Handbemerkung zu dem Bericht Tschirschs vom 30. Juni zum Ausdruck brachte: „Mit den Serben muß ausgeräumt werden, und zwar bald!“ Weil sie das wollten, stellten sie sich voll und ganz hinter Oesterreich, hehnten die Donaumonarchie bewußt in den Krieg gegen Serbien hinein und sabotierten alle Friedensmöglichkeiten, die sich in den kritischen Juliwochen boten. Gewiß Wilhelm wollte den Weltkrieg nicht, aber er wollte den serbischen Krieg ohne Weltkrieg, um die Macht des deutschen Imperialismus am Balkan und darüber hinaus in Vorderasien zu stärken. Das aber war praktisch unmöglich, und deshalb war der Weltkrieg die notwendige Folge der Brandstifterpolitik Wilhelms II.

Mit derselben Zämmersicht, mit der die Kappverschwörer vor dem Reichstag in Leipzig der Welt weiszumachen suchten, daß sie am 13. März 1920 rein zufällig in die Reichskanzlei hineingetorrt sind, sucht der Kaiser der Öffentlichkeit vorzureden, daß er und seine Regierung nach heißem Bemühen, den Weltkrieg zu erhalten, den Krieg erklären mußten, weil der „Feindbund“ sie mit teuflischer Schlaueit in eine „Falle“ hineingelockt hatte. Das Hauptargument des gekrönten Narren ist der angebliche Auspruch Sasonows: „Die Friedensliebe des deutschen Kaisers bürgt uns dafür, daß wir den Zeitpunkt des Krieges selbst zu bestimmen haben.“ Wir wissen nicht, wann und in welchem Zusammenhange der russische Außenminister diesen Auspruch getan haben soll. In den Geschichtstabellen Wilhelms wird dieser Auspruch im Zusammenhang mit dem Berliner Besuch des Zaren im Mai 1913 erwähnt. Aber selbst, wenn Sasonow diesen Auspruch getan hat, beweist er nicht das geringste gegen die frevelhafte Politik, die Wilhelm und seine Minister in den kritischen Monaten vor dem Kriege betrieben haben.

Man könnte es mit diesen Bemerkungen genug sein lassen, wenn nicht noch einige Worte über die außenpolitischen Witzungen des neuen Vorstohes der Monarchisten gesagt werden müßte. Daß die Veröffentlichung des Briefwechsels gerade in dem Zeitpunkt erfolgte, wo die Londoner Besprechungen bevorstehen, wird in dem gesamten Kursunde dahis aufgefaßt werden, daß die rechtsstehenden

Parteien diese Verhandlungen durchkreuzen wollen, um dem Kabinett Wirth Schwierigkeiten zu bereiten. Da nicht anzunehmen ist, daß der Brief des gekrönten Deserteurs in Doorn ohne seine Einwilligung publiziert worden ist, muß gefolgert werden, daß er und seine Spießgesellen im Lande die plumpen, provokatorischen Anwürfe gegen den „Feindbund“ zu einem bestimmten politischen Zweck veröffentlicht haben. Dieser Zweck ist: die Verhandlungen, von denen die wirtschaftliche Existenz und die Zukunft Deutschlands abhängen, nach Möglichkeit zu erschweren, um den alldeutschen Katastrophopolitikern, die sich schühend vor das Portemonnaie der Besühenden stellen, neue Möglichkeiten für ihre innerpolitischen Wählerreien und Hekereien zu geben. Diese Feststellung dürfte genügen, um den eigentlichen Charakter und den moralischen Wert der neuesten Geschichtslüge zu erkennen, die von den monarchistischen Parteien, nach sorgfältigen Vorbereitungen, dem deutschen Volke serviert wird.

## Deutscher Reichstag

Schluß des Sitzungsberichts vom Sonnabend

Abg. Großhans (S. P. D.) berichtet über den bekannten Beschluß des Untersuchungsausschusses in der Strafsanktion Lichtenburg.

Abg. Rosenfeld (U. S. P.): Auf die Ausführungen des Berichterstatters über Lichtenburg werde ich nicht weiter eingehen. Ich verweise nur darauf, daß der ganze Ausschuh der Anschauung war, daß unter den Gefangenen Männer sind, für die ein Erlass oder Ermäßigung der Strafe berechtigt wäre. Der Ausschuh hat sich dann mit Niederschönensfeld beschäftigt. Dort sind nicht Zuchthaus, sondern Festungsgefangene untergebracht, Männer, denen also das Gericht die ehrenhafte Gesinnung zuerkannt hat. Trotzdem werden diese Männer in einer Weise schikaniert, die beispiellos ist. So ist u. a. traurigen Fällen in einem eine besondere Strafe auferlegt worden, weil der Gefangene beim Verlassen des Vorstandszimmers „eine respektwidrige Bewegung mit dem linken Fuß“ gemacht hat! Die bayerische Regierung, die keine Sippschaft, die die Macht in Händen hat, erlaubt sich, in so brutaler Weise gegen Gefangene vorzugehen. Infolgedessen war es sehr erfreulich, daß der Ausschuh des Reichstags den Beschluß fasste, die Festungsanstalt zu besuchen. Die bayerische Regierung verzogte die Stirn, und die Mehrheit des Ausschusses fiel um. Er beschloß den Besuch wieder aufzuheben, den er an einem müßigen Tage gehabt hätte. Verfassungsrechtliche Bedenken wurden vorgebracht von außerordentlichem Charakter. In Rücksicht auf die vorgeordnete Stunde muß ich auf das Nähere verzichten. Das Verhalten Bayerns ist auch ein Beispiel zur Beurteilung der Rücksicht, die bayerische Regierung auf den Reichstag und das Reich nimmt. Wir haben nun heute gemeinsam mit der S. P. D. und den Kommunisten mit Rücksicht auf die Mehrheitsverhältnisse des Reichstags einen Antrag eingebracht, die Reichsregierung zu ersuchen, sich von der bayerischen Regierung die Genehmigung zur Besichtigung der Strafanstalt Niederschönensfeld durch den Ausschuh einzuholen. Gegen die Standpunkte, daß diese Genehmigung eingeholt werden muß, legen wir Rechtsvorbehaltung ein. Nur die Rücksicht auf die Mehrheitsverhältnisse hier im Reichstag veranlaßt uns zu dieser Form des Antrages. Die Volksvertretung darf nicht schweigen, wo so schweres Unrecht gegen wehrlose Menschen geschieht. Deswegen bitte ich Sie, wenigstens diesen Antrag anzunehmen. (Bravo! links.)

Reichsjustizminister Raddach will auf die rechtlichen Fragen nicht eingehen. Der Antrag gebe ihm keinen Anlaß dazu. Im übrigen finde auch zwischen der Reichsregierung und der bayerischen eine Auseinandersetzung über eine ähnliche Frage statt. Bayerischer Gesandter v. Pöner erklärt, die bayerische Regierung könne aus grundsätzlichen Erwägungen sich nicht darauf einlassen, den Untersuchungsausschuh des Reichstags als zu der Untersuchung berechtigt anzuerkennen.

Abg. Rosenfeld (U. S. P.) wendet sich in scharfen Ausführungen gegen die Darlegungen des bayerischen Gesandten von Pöner. Das sei eine Verhöhnung des Reichstags. Eine Denkschrift dieser Schandregierung... (Lob der Präsidenten, heulender Lärm auf der Rechten. Lohender Verfall links — Großhans Rosenfeld kann minutenlang nicht weiterreden. Präsident Lohse ruft ihm wegen des Ausrufs: Bayerische Schandregierung zur Ordnung). Es ist recht bedauernd, daß die bayerische Regierung nicht einmal einen parlamentarischen Untersuchungsausschuh des Reichstags zulassen will. Es handelt sich um allgemeine Fragen der Menschlichkeit. Der Reichstag, der sich da ausschalten ließe, wäre einfach keine Volksvertretung.

Präsident Lohse erteilt Rosenfeld einen zweiten Ordnungsruf. Weshalb, ist auf der Tribüne nicht verständlich. Der Antrag, nach dem der Reichstag einen Bericht über das Ergebnis der Nachprüfung der Urteile gegen die in der Strafsanktion Lichtenburg untergebrachten Gefangenen baldmöglichst dem Reichstag vorzulegen, wird angenommen. Der Antrag der vier sozialistischen Fraktionen, die bayerische Regierung um Genehmigung zu ersuchen, dem Untersuchungsausschuh Zutritt zur Festung Niederschönensfeld zu gewähren, wird gegen die Stimmen der sozialistischen Fraktionen abgelehnt.

Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstags. Der Entwurf wird ohne Debatte angenommen.

Die Strafverfolgung gegen die Abg. Reich und Brodaus (Dem.) wird abgelehnt.

Nach unentschiedenen Debatten werden der Nachtrag zum Reichshaushaltsplan, die Posttarife und das Diätengesetz angenommen. Darauf vertagt sich der Reichstag gegen 2 Uhr bis zum Januar.

## Der Kampf um die Besitzsteuern

Am Sonnabend wurde im Steuerausshuh der Kampf um die Besitzsteuern fortgesetzt. Bei Beratung des Körperschaftsteuergesetzes wollten die Bürgerlichen die Anrechnung der Körperschaftsteuer auf die Einkommensteuer, dann auch nur den verbleibenden Gewinn, nicht aber den gesamten Gewinn dieser Steuer unterstellt sehen.

Die eine Seite will mehr dem Bankkapital, die andere dem Aktienkapital ihre besondere Gunst erweisen. Abg. Bernstein (S. P. D.) erwiderte dem Demokraten Fischer, daß die Güte der Banken nicht von der Höhe der Dividende, sondern von deren Stabilität und der inneren Solidität abhängen. Unter Ausführung von Beispielen warnt Staatssekretär Japp vor einer Staffelfung der Steuer nach der Höhe des Stammkapitals, dann müsse aber auch der gesamte und nicht nur der ausgeschüttete Gewinn zur Steuer herangezogen werden.

Genosse Herz weist auf das einstimmige Gutachten des Reichswirtschaftsrats hin, der diese Steuer als eine „exträkuläre“ bezeichnet habe, was doch zeige, daß die Regierungsvorlage selbst sehr mäßige Steuerlätze enthalte. Die unabhängige Partei lehne jede weitere Abmilderung ab. Das Steuererträgnis sei geringer geworden. So habe die AEG im Betriebsjahr 1919/20 eine Steuer von 6 Prozent des Aktienkapitals, 1920/21 nur eine solche von 3 1/2 Prozent entrichtet. Die Maschinenfabrik habe 1919/20 mit 5 Millionen Steuer 10 Prozent, 1920/21 8 Millionen Steuer, aber nur 8 Prozent des Aktienkapitals entrichtet. In erster Linie müsse die ungesunde Finanzgebahrung als schädigender Faktor der Arbeiterschaft beseitigt, die Förderung der Kapitalbildung späterer Zeit vorbehalten bleiben.

In der Abstimmung wird gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien die grundsätzliche Anrechnung der Körperschaftsteuer auf die Einkommensteuer und auch eine Reihe weiterer Verschlechterungen beschlossen.

Bei diesem Gesetze ergab sich wie bei allen bisherigen Vermögenssteuern, daß die bestehenden Rechte in allen bürgerlichen Parteien getreue Sachwalter ihrer kapitalistischen Interessen besitzen, und daß auch die bürgerlichen Arbeitervertreter als getreue Prokuratoren für die abstoßende Renditeerzeugung geschäftliche Spiel

## Berlin im Sturm

Zahlreiche Personen verunglückt

Ein Sturmwetter, wie Berlin es seit Jahren nicht erlebt hat, raute seit Sonnabend vom Norden mit abwechselnder Stärke über Groß-Berlin und die Mark hinweg und erreichte am Sonntag seinen Höhepunkt. Am ärgsten wurden die Landensolonien und Siedlungen betroffen, die frei auf Anhöhen liegen und leicht gebaut sind. Zahlreiche Dächer wurden abgedeckt, andere sind stark beschädigt, Schornsteine stürzten um, erlitten erste Beschädigungen, Bäume wurden in Menge entwurzelt, darunter zwei alte vor dem Schloß Bellevue, Firmenbilder stürzten herab, mehrere Dachziegel fielen auf Bürgersteige, Fächenslangen wurden gelockert, Wände eingedrückt, Schaufenster zertrümmert, Dachsanfter aus den Angeln gerissen, Balken beschädigt, Fernspreitleitungen, Telegraphenbrände und Straßenbahnleitungen zerstört, Fisch- und Zinkbleidungen abgedeckt, kurz es wurde gewaltiger Schaden, der sich noch nicht übersehen läßt, festgesetzt.

Die Feuerwehren von Groß-Berlin wurden etwa 200 mal alarmiert und Dachteile und Simle, die herunterstürzen drohten, zu sichern. Erheblich beschädigt wurden vor allem die Dächer. In Reuthallen beispielsweise waren die Bürgersteige ganzer Straßenzüge von herabgestürzten Dachplatten, Dachrinnen, Flegelsteinen und Stuckrößen geradezu überhäuft. Besonderen Schaden hat u. a. das Schöneberger neue Rathaus erlitten. Auch vom Schöneberger Hauptpostamt läßt sich größere Teile des brüchigen Fußes eines freistehenden Giebels und fielen auf die Straße. In der Adenhauser Straße, nahe der Zehnender Straße, stürzte ein Schornstein herunter. Das gleiche Bild war auch in allen anderen Stadtteilen. So wurden beispielsweise in der Lindenstraße mehrere Schaufenster zertrümmert, im Kaiserdamm, bei der Eisenbahn-Überführung eingedrückt. Im Kottbusser Platz, bei dem Schloß Bellevue wurde das Dach in einer Fläche von etwa zehn Quadratmeter abgedeckt. Die Ziegel fielen auf die Straße, ohne glücklicherweise Personen zu verletzen. Auch im Tiergarten und in den anderen Parksanlagen sind erhebliche Schäden zu verzeichnen. In der Nähe des Schloßes Bellevue wurden vom Sturm zwei Bäume entwurzelt, die sich quer über den Fahrdamm legten. Zur Beseitigung dieses Hindernisses mußte die Feuerwehr alarmiert werden.

Störungen im Telephonverkehr machten sich ebenfalls recht unheimlich bemerkbar. Die Flußhäufe in und um Berlin ließen, wieder vom Eis befreit, hartwellig ihre Rohn. So fehlte es auch an heikleren Zwischenfällen nicht, in denen der Gut seinem Besizer davonließ und in die Fluten sprang.

Menschenleben im Gefahr

Die Rettungstellen des Groß-Berliner Rettungsamtes wurden im Laufe des gestrigen Tages von mehr als 20 Personen in Anspruch genommen. Es handelte sich um Personen, die von herabfallenden Dachziegeln oder Mauerteilen getroffen oder durch Glasscherben der vom Sturm eingedrungenen Fenster- und Laden-scheiben verletzt waren. Zum Glück waren die meisten Fälle nicht lebensgefährlicher Natur. Ein tödlicher Unfall ereignete sich allerdings gegen 8 Uhr an der Ecke der Umlandstraße und des Kurfürstendammes. Dort wurde ein unbekannter, einfach gekleideter Mann, als er den Fahrdamm überqueren wollte, von einem Wrabesturm erfaßt und unter ein Auto geschleudert. Der Schwerverletzte wurde nach der nächsten Rettungsstelle gebracht, wo der Arzt nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen konnte. In der Mittagsstunde waren an der Ueberführung Großdorschenstraße zwei größere Figuren heruntergerissen und auf den Fußsteig geschleudert worden. Zwei gerade vorübergehende Herren wurden von den Steinhaufen getroffen, zu Boden gemorren und mit schweren Quetschungen nach der Rettungsstelle 34 gebracht, wo sie die erste Hilfe erhielten. Eine Dame, die in der Wilmersdorfer Straße, zwischen der Kaufstraße und der Ringbahnüberführung ihrem vom Sturm fortgerissenen Hut nachzettel, geriet dabei unter die Räder eines Automobils und wurde nicht unbedeutend verletzt. Ferner wurde in der Brandenburger Straße ein Mann durch eine vom Dach herabstürzende Zinkplatte und in der Langen Straße eine Frau durch ein vom Sturm heruntergeschleudertes Brett getroffen. In beiden Fällen erlitten die Verunglückten erhebliche Kopfverletzungen und mußten dem Krankenhaus zugeführt werden.

Vor den Toren der Stadt

Die ganze Nacht des Wetters machte sich besonders in Potsdam, Spandau, Köpenick, Friedrichshagen, Wannsee und Brandenburg bemerkbar. Von dort werden auch Unfälle und Verkehrsstörungen gemeldet, hauptsächlich sind auch die Siedlungen betroffen. Die Bewohner dieser leichtgebauten Häuser haben zwei aufregende Tage und Nächte hinter sich. Zahlreiche solcher Bauten haben gestitten, sehr viele Dächer sind arg beschädigt worden. Die Kosten für die Wiederaufbauung dieser Siedlungsbauten sind bedeutend. Ebenso arg wie die Gebäude hat der Sturm die Bäume mitgenommen. Im Grunewald, in der Jungfernhöhe, bei Köpenick, auf den Müggelbergen und besonders in Oranienburg sind die Forsten und Anlagen vom Sturm ganz erheblich beschädigt worden.

## Ins Feuer mit dem Schund!

Die Verbrennung auf dem Tempelhofer Feld

Gestern fand die so harmonisch und ergebnisreich verlaufene Neuföllner Jugendsiegewoche ihren Abschluß mit der Verbrennung der angesammelten Schundliteratur auf dem Tempelhofer Feld. Trotz des stürmischen Wetters hatten sich zahlreiche Schulen geschlossen eingefunden, ebenso waren die Organisationen der Sozialistischen Profetariatsjugend, der Arbeiterjugend und der Kommunistischen Jugend mit fliegenden Fahnen erschienen.

Genosse Stadtrat Schneider-Neufölln hielt eine kurze, die Bedeutung dieses Feuers würdige Ansprache, und dann wurde der große Scheiterhaufen kapitalistischer Unkultur, von den Jugendlichen durch selbstgeflammte Schundliteratur vermehrt, angezündet. Von dem todesartigen Sturme angefaßt, loberten die Flammen hell auf und vernichteten den Schund, der so manche junge Seele vergiftet.

Welch ein Wandel im Laufe der Zeiten! Vor Jahrhunderten wurden noch von der kulturfeindlichen Kirche die wertvollsten wissenschaftlichen Schriften verbrannt — heute aber wird von der Jugend selbst schon der Kampf für den Fortschritt aufgenommen!

## Unter dem Verdacht des Doppelmordes

Unter dem dringenden Verdacht, ihren Mann, den 42 Jahre alten Arbeiter Robert Schreiber, von dem sie geschieden war, und ihre 15jährige Tochter Lucie durch Gasvergiftung gewaltsam aus dem Leben geschafft zu haben, wurde gestern die 38 Jahre alte Frau Bertha Glah, geschiedene Schreiber, geborene Roggen, verhaftet. Wir erfahren dazu folgende Einzelheiten:

Im Annergebäude des Hauses Witzener Straße 24, zwei Treppen, wohnte der geschiedene Arbeiter Robert Schreiber mit seiner Tochter Lucie. Vor etwa 14 Tagen tauchte seine vor 13 Jahren von ihm geschiedene Frau wieder auf. Sie hatte inzwischen einen Arbeiter Esh geheiratet, ihn aber sehr ebenfalls verlassen. Sie blieb nun in Schreibers Wohnung unangemeldet wohnen. Sch. duldete es, da die Tochter mit unglücklicher Liebe an der Mutter hing. Er ließ indessen die Frau in seinem Zweifel, daß ihr Verbleiben bei ihm nicht von langer Dauer sein könne. Gestern mittag alarmierte Frau Glah plötzlich die Hausbewohner mit der Schreienmeldung: Sie habe ihren früheren Mann und ihre Tochter tot in der Wohnung aufgefunden. Man holte einen Arzt, der feststellte, daß der Tod bereits am Sonnabend eingetreten sein mußte. Die Sachlage war verdächtig, so daß die Beamten der Schutzpolizei sogleich die Kriminalpolizei benachrichtigten.



Gewerkschaftliches

Eines Kommunisten Glück und Ende

Ausschluss Schumachers

Die Betriebsräte, Funktionäre und Obleute sämtlicher Branchen des Deutschen Metallarbeiterverbandes...

Ein rückfälliger Unternehmer

Die Firma Göhe u. Jammmer, Spritzgussfabrik, über die die Sperre vom Metallarbeiterverband verhängt wurde...

Zufassung von Frauen zum Kaufmannsgericht

Die Reichsregierung hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes...

Maser. Eine äußerst stürmische Versammlung der Maser am 16. Dezember in den Musikerkapellen...

Die zweite Beschlusssitzung der Gewerkschaften...

Zu ihrer Vertretung schalteten Sejecus, Blühgen und Sellheim das Wort...

Nachdem durch Schluß der Debatte die Widerlegung namentlich gemacht wurde...

Bereitschaften im Gewerkschaftswesen. Unseren Kollegen und Kolleginnen zur Kenntnis...

Weihnachtunterstützung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten...

Leistungszulagen für Angestellte im Kolonialwaren-Kleinhandel. Mit den Arbeitgeberverbänden im Kolonialwaren-Kleinhandel...

Klavierarbeiter! In dem für Dezember abgeschlossenen Lohnabkommen ist für die Berechnung der Affordabilität...

zu zahlen. Jede andere Berechnung der Afforde ist zurückzuweisen...

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Die Ortsverwaltungsprüfung findet in dieser Woche, am Donnerstag, den 22. Dezember...

Arbeiter Sport

Arbeiter-Sportklub Schöneberg. Die Abteilungen Meilen 1 und 2 des Berliner Arbeiter-Sportklubs...

Parteiveranstaltungen

- 1. Parteiveranstaltung. 4. Dezember. Es wird nochmals dringend gebeten...

Montag, 19. Dezember

Schöneberg. Abends 7 1/2 Uhr im neuen Rathaus, Zimmer 168, Stadtlions-Kamp...

Dienstag, 20. Dezember

11. Parteiveranstaltung (Kommunisten, Sozialisten, Arbeiter, Arbeiterinnen, Arbeiterinnen...

Mittwoch, 21. Dezember

1. Bezirk (Wedding). Abends 8 Uhr Weihnachtsfeier des Bezirks im großen Saal...

Dienstag, 20. Dezember

12. Parteiveranstaltung. Abends 7 Uhr Weihnachtsfeier im Gewerkschaftshaus...

Mittwoch, 21. Dezember

14. Bezirk. Abends 7 Uhr Weihnachtsfeier bei Kästner, Schwebel Str. 23...

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater Königsplatz, Neues Volks-Theater, Staatstheater, Theater des Ostens, Komische Oper, Apollotheater, Casino-Theater, Walhalla-Theater, Jung muß man sein, Walfarner-Theater, Theater am Kottendorferplatz, Theater im Kreis, Residenz-Kasino, Circus Busch, Metall, Kupfer, Messing, Blei, Zink etc., Altmetalle, Prinzessin Olala, Fritz Maffray & Co.

Residenz-Kasino, Circus Busch, Metall, Kupfer, Messing, Blei, Zink etc., Altmetalle, Prinzessin Olala, Fritz Maffray & Co.

Erna-Sänger, Apollotheater, Casino-Theater, Walhalla-Theater, Jung muß man sein, Walfarner-Theater, Theater am Kottendorferplatz, Theater im Kreis, Residenz-Kasino, Circus Busch, Metall, Kupfer, Messing, Blei, Zink etc., Altmetalle, Prinzessin Olala, Fritz Maffray & Co.

Das schönste Weihnachtsgeschenk, Preiswert und gut, Damen- und Herren-Stoffe, Tuchhaus M.E. Freitag

Das schönste Weihnachtsgeschenk, Preiswert und gut, Damen- und Herren-Stoffe, Tuchhaus M.E. Freitag

Das schönste Weihnachtsgeschenk, Preiswert und gut, Damen- und Herren-Stoffe, Tuchhaus M.E. Freitag

Das schönste Weihnachtsgeschenk, Preiswert und gut, Damen- und Herren-Stoffe, Tuchhaus M.E. Freitag

Harnröhren-Leidende, Trauringe, Botenfrauen sofort gesucht

Harnröhren-Leidende, Trauringe, Botenfrauen sofort gesucht

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Kleine Anzeigen, Verkäufe, Raufgesuche, Fabrik, Geb-Vorteil, Berka-Bedene

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Kleine Anzeigen, Verkäufe, Raufgesuche, Fabrik, Geb-Vorteil, Berka-Bedene